

Sechs Thesen für eine nachhaltige Finanzreform

April 2017

1 Das deutsche Steuersystem lenkt in die falsche Richtung

Ein effizientes Steuersystem sollte besteuern, was vermieden werden soll und nicht, was gesellschaftlich erwünscht ist („tax bads, not goods“). Die Richtschnur sollte sein, dass diejenigen profitieren, die sich umweltfreundlich verhalten. Entgegen dieser Maßgabe finanziert sich der Staat heute zu fast zwei Dritteln durch Steuern auf Arbeit und zu weniger als fünf Prozent durch Steuern und Abgaben auf die Nutzung natürlicher Ressourcen - Tendenz seit Jahren fallend. Damit setzt der Staat vor allem Anreize, Arbeitsplätze wegzurationalisieren, statt effizienter mit Ressourcen umzugehen.

2 Umweltschädliche Subventionen konterkarieren nachhaltiges Handeln

Der Staat gewährt jährlich umweltschädliche Subventionen in Höhe von 57 Milliarden Euro. Die im Vergleich zu Benzin geringere Besteuerung von Diesel, die Ausnahmen für die Industrie bei der Energiebesteuerung, die Subventionen des Luftverkehrs und auch das Dienst- und Firmenwagenprivileg gehören hierbei zu den höchsten Begünstigungen und haben einen besonders gravierenden Einfluss auf die Umwelt. Die umweltschädlichen Subventionen belasten nicht nur den Staatshaushalt und damit alle Steuerzahler_innen, sondern konterkarieren die umwelt- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung. Die Konsequenz sind fehlende finanzielle Mittel für ressourceneffizientes und kohlenstoffarmes Wirtschaften.

3 Deutschland verfehlt sein Klimaziel 2020 - auch weil keine effektiven marktwirtschaftlichen Instrumente genutzt werden

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren - dieses Ziel wird sie voraussichtlich deutlich verfehlen. Der Klimaschutzplan 2050 sieht außerdem eine fast vollständige Dekarbonisierung bis zur Mitte des Jahrhunderts vor. Bisher fehlen jedoch wirksame Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen. Finanz- und steuerpolitische Instrumente können und müssen einen zunehmenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. Diese Chance bleibt bisher ungenutzt. Die Bundesregierung selbst bewertet die Strom- und Energiebesteuerung als effektivstes Instrument, um CO₂ einzusparen.

4 Erfolgreicher Klimaschutz benötigt einen wirksamen CO₂-Preis

Ohne ein wirksames Preissignal für CO₂ sind ein fairer Wettbewerb und ernsthafter Klimaschutz nicht möglich. Das europäische Emissionshandelssystem wird auf absehbare Zeit nicht in der Lage zu sein, einen ausreichenden Anreiz für die Investition in klimafreundliche Technologien zu setzen. Solange CO₂-Emissionen keinen wirksamen Preis haben, widerspricht es häufig rationalem und wirtschaftlichem Handeln, sie zu vermeiden. Eine CO₂-Abgabe oder -Steuer bzw. ein CO₂-Mindestpreis in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr würde ein verlässliches, stabiles Preissignal für den Weg zur Dekarbonisierung der Wirtschaft setzen. Ein nationales CO₂-Preisinstrument wurde in der EU bereits in Großbritannien, Frankreich, Schweden und Dänemark erfolgreich eingeführt.

5 Energiesteuern müssen auf Klimaschutz ausgerichtet werden

Das deutsche System der Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr ist historisch gewachsen und nicht hinreichend auf die Herausforderungen des Klimaschutzes ausgerichtet. Teilweise bietet es sogar Anreize für klimaschädigendes Verhalten. So werden klimaschädliche Energieträger wie Heizöl und Kohle bezogen auf den CO₂-Gehalt wesentlich geringer besteuert als klimafreundlichere Alternativen. In Bezug auf die Höhe der Energiesteuern ist Deutschland insbesondere im Wärmebereich schon lange kein Vorreiter mehr und im unteren Drittel der EU-Mitgliedstaaten zu finden. Eine Reform der deutschen Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie muss eine innerhalb und zwischen den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr konsistente Bepreisung, orientiert an Energiegehalt und CO₂-Intensität, herstellen. Außerdem sollten die Steuersätze an einen Preisindex gekoppelt werden, um die schleichende Entwertung durch die Inflation auszugleichen und die Funktionalität der Umweltsteuern zu schützen.

6 Die aktuell gute Wirtschaftslage verstellt den Blick auf strukturelle Herausforderungen

Deutschland steht trotz einer derzeit guten ökonomischen Lage vor großen Herausforderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt: Der demografische Wandel stellt das Konzept der sozialen Marktwirtschaft vor ungekannte Probleme, die öffentlichen Haushalte ächzen immer noch unter der Schuldenlast und dringend notwendige Investitionen in Infrastrukturen sind über Jahre vernachlässigt worden. Steuern und Subventionen müssen daher konsequent an übergeordneten politischen Zielen ausgerichtet werden, um auf diese Weise neue Spielräume und Anreize für Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Derzeit besitzt Deutschland keine tragfähige Steuerstruktur, die gerecht ist und gleichzeitig einen Beitrag zu mehr Umweltschutz leistet.

Kontakt

Deutscher Naturschutzring (DNR), info@dnr.de

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), foes@foes.de